

Die Academic Boycott Campaign Deutschland (ABC DE) setzt sich für ein Ende von Forschungsk Kooperationen mit israelischen Institutionen ein. Im Interview erklärt **Leon Bijan**, Pressesprecher und Mitglied des Planungskomitees der Kampagne, die Hintergründe. Das Gespräch führte **Leon Wystrychowski**.

Seit Jahren bemüht sich die herrschende Politik in Deutschland, Kritik am Staat Israel pauschal als antisemitisch zu brandmarken. Ein besonderes Augenmerk wurde dabei auf die BDS-Bewegung für Boykott, Desinvestition und Sanktionen und auf die Universitäten gelegt: [2019 verabschiedete der Bundestag eine Resolution gegen BDS](#), 2025 eine weitere gegen angeblichen „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen“. Beide wurden von vielen als massive Eingriffe in die Meinungs-, und Wissenschaftsfreiheit kritisiert. Seit dem Frühjahr organisiert sich eine neue Bewegung in Deutschland, die ausgerechnet diese beiden Felder – BDS und Hochschulwesen – miteinander verbinden und den Boykott israelischer Institutionen an die deutschen Universitäten tragen will. Damit könnte diese Initiative sogar dazu beitragen, die deutsche Palästinasolidaritätsbewegung, [die seit dem offiziellen Inkrafttreten des Waffenstillstands vom Oktober 2025 an Mobilisierungskraft verloren zu haben scheint](#), in eine neue Phase langfristiger politischer Arbeit zu überführen.

Leon Wystrychowski: Fangen wir ganz grundsätzlich an: Was ist die Academic Boycott Campaign überhaupt?

Leon Bijan: Die Academic Boycott Campaign Deutschland (ABC DE) ist ein bundesweiter Zusammenschluss von aktuell 46 studentischen und akademischen Gruppen, die sich gemeinsam an deutschen Hochschulen für die Beendigung jeglicher Komplizenschaft an der Kolonialisierung und ethnischen Säuberung Palästinas einsetzen. Die Kampagne setzt einen besonderen Fokus auf die Bekämpfung laufender Kooperationen mit israelischen Forschungseinrichtungen, da diese eine Schlüsselrolle in der israelischen Infrastruktur von Besatzung, Apartheid und Genozid einnehmen. Unsere Forderungen ergeben sich aus den Richtlinien der Palästinentischen Kampagne für einen akademischen und kulturellen Boykott Israels (PACBI) sowie unseren eigenen Kämpfen an deutschen Bildungs- und Forschungseinrichtungen und können im Detail in unserer [Resolution](#) nachgelesen werden. Dazu gehört, dass sämtliche Infrastruktur, Personalressourcen und finanziellen Mittel, die derzeit israelischen Institutionen zur Verfügung gestellt werden, stattdessen palästinentischen Institutionen im Westjordanland sowie dem Wiederaufbau akademischer Institutionen in Gaza zur Verfügung gestellt werden; aber auch, dass die Überwachung und Bestrafung studentischen Protests an deutschen Hochschulen aufhört.

ABC DE wurde im Januar 2026 auf der *Academic Boycott Now!*-Konferenz in Berlin

ausgerufen. Im April haben wir die erste, bundesweit koordinierte Aktionswoche zum Thema „Israelische Apartheid“ organisiert, an der sich Gruppen in 24 Städten beteiligten. Zeitgleich unterstützen wir Recherche-Projekte zu völkerrechtlich fragwürdigen Kooperationen und unterstützen studentisch angeführte Interventionen in akademische Komplizenschaft.

In welchem Verhältnis steht ABC zu BDS, der internationalen Bewegung für Boykott, Desinvestition und Sanktionen gegen Israel?

Eine Boykottkampagne ohne Berücksichtigung der jahrzehntelangen Arbeit palästinensischer Organisationen zu führen, wäre undenkbar. ABC DE orientiert sich auch an den Richtlinien der BDS-Bewegung. Die dort geleistete Vorarbeit ermöglicht uns, an Kriterien für die Aufnahme und Dauer eines Boykotts anzuknüpfen sowie unsere lokale Auseinandersetzung mit internationalen Debatten und Aktionsformen zu verbinden.

An dieser Stelle muss auf die in Deutschland herrschende Diffamierung und Kriminalisierung der BDS-Bewegung und des Aktionsformats BDS hingewiesen werden: Nicht erst seit der Anti-BDS-Resolution des deutschen Bundestags von 2019 bemüht sich der deutsche Staat, das friedliche und auf internationalem Recht fußende Prinzip von BDS als antisemitisch zu stigmatisieren. ABC DE wirkt dieser Tabuisierung des Boykotts entgegen und will zivilgesellschaftliche Akteure darin bestärken, sich zu BDS zu bilden statt sich zu distanzieren.

Der akademische Boykott gilt als besonders umstritten: Selbst einigen Kritikern der israelischen Politik geht der Aufruf zu weit. Diese argumentieren, dass damit gerade kritische oder linke Personen oder Institutionen, die in Israel ohnehin schon isoliert sind, noch weiter an den Rand gedrängt werden.

Dies ist eine verbreitete Reaktion auf die Forderung nach einem akademischen Boykott, trifft jedoch nicht zu. Erstens geht es unserer Kampagne um institutionelle Beziehungen und nicht um den Boykott einzelner Personen – Kooperationen, die BDS-Richtlinien einhalten, sind nicht betroffen. Des Weiteren herrscht in Deutschland ein falsches Bild von israelischen Universitäten, wonach diese Bastionen kritischen Widerstandes gegen den „rechten Rand“ Israels seien, der allein für Verbrechen verantwortlich gemacht wird. Unsere Recherchen und zahlreiche internationale Berichterstatter zeigen jedoch, dass israelische Einrichtungen maßgeblich an den Verbrechen des Staates beteiligt sind, sei es als Kadenschmiede für Offiziere der Armee, als Labor für die Entwicklung neuer Waffen und Überwachungstechniken oder als physischer Bestandteil der illegalen Besiedlung des Westjordanlandes. Israelische Universitäten widersetzen sich dem siedlerkolonialen Projekt

nicht, im Gegenteil: sie ermöglichen es erst. Die Konsequenz muss ein Entzug deutscher Förderung und Legitimierung sein.

Und was erwidern Sie jenen, die der Meinung sind, dass der akademische Boykott ganz grundsätzlich die Wissenschafts- und Forschungsfreiheit einschränkt?

Das Gut der Wissenschaftsfreiheit ist hoch, befreit die Wissenschaft aber nicht von ihrer ethischen Verantwortung. Dazu gehört, zu fragen, ob Kooperationen mit israelischen Institutionen deutsches oder internationales Recht brechen und der sich fortsetzenden Gewalt gegen Palästinenser in die Hände spielen. Wichtig ist, zu betonen, dass dies nicht nur militärische oder sogenannte „Dual Use“-Forschung betrifft. Ist eine Einrichtung wie etwa die Hebrew University im seit 1967 illegal besetzten Ost-Jerusalem gebaut, so disqualifizieren sich jegliche Kooperationen.

Mit Verweis auf die Wissenschaftsfreiheit auf den Fortbestand derartiger Projekte zu beharren, entleert den Gehalt des Begriffes, gerade wenn die fehlende Wissenschaftsfreiheit palästinensischer Studierender und Wissenschaftler in keiner Weise adressiert wird: Immer wieder wird die Birzeit Universität im Westjordanland durch die israelische Besatzung geschlossen, ganz zu schweigen von der völligen Zerstörung der Universitäten Gazas, der Ermordung zahlloser Studierender und Lehrender und der strengen Zensur palästinensischer Bildungsprogramme durch Israel.

Während BDS und ABC in Deutschland noch relativ schwach entwickelt sind, ist die Boykott-Bewegung gegen Israel in anderen Ländern schon seit vielen Jahren sehr aktiv und sichtbar. Welche Erfolge konnte speziell die internationale ABC-Bewegung seit ihrer Entstehung verzeichnen?

Es stimmt, dass Deutschland im internationalen Vergleich weit zurückliegt. Gerade im europäischen Ausland beenden immer mehr Universitäten ihre Beziehungen zu Israel. Dazu zählt die völlige Beendigung vorheriger Partnerschaften inklusive einer öffentlichen Verurteilung der Verbrechen Israels, wie in Gent, Pisa, Mailand, Oviedo und Barcelona, und vielen weiteren Städten. Auch beenden immer mehr Universitäten ihre Kooperationen oder erneuern sie nicht, ohne darauf öffentlich einzugehen. An vielen Instituten haben wissenschaftliche Mitarbeiter und Senatoren ihre Leitungen kollektiv zur Überprüfung oder Beendigung der Verträge aufgefordert. Am weitesten fortgeschritten ist womöglich Südafrika, wo zahlreiche Universitäten jegliche Beziehungen beendet haben und dies mit Verweis auf die historischen Kontinuitäten zwischen dem Siedlerkolonialismus Israels und dem Apartheid-Regime Südafrikas begründen. All diese Schritte kosten israelische Einrichtungen nicht nur ihr Ansehen, sondern entziehen ihnen Millionen an Fördergeldern

und Zugang zu intellektuellem Kapital.

Und wie sehen die Aktivitäten und Erfolge bislang in Deutschland aus?

Die Kampagne für einen akademischen Boykott ist in Deutschland besonderen Hürden ausgesetzt, darunter die tiefe Verankerung zionistischer Hetze im Bildungs- und Forschungswesen und die starken Repressionen staatlicher Behörden. Nichtsdestotrotz verzeichnet ABC DE ein rasant wachsendes Interesse sowie eine zunehmende Organisierung studentischer und akademischer Zusammenarbeit an den Hochschulen. Hierbei spielt die bundesweite Vernetzung und Koordination eine zentrale Rolle. Gegenseitige Sichtbarkeit und Austausch schützen vor Repressionen und erhöhen den Druck auf Universitäten, die Forderungen ihrer Studierenden ernst zu nehmen.

In den letzten Wochen haben mehrere Studierendenparlamente und Vollversammlungen Boykott-Resolutionen verabschiedet, etwa an der Hertie School in Berlin, der Universität Leipzig, der TU Berlin und der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Überwältigende Mehrheiten stimmten dafür, die Beendigung der Kooperationen ihrer Universitäten zu fordern. Ein nächster Schritt ist, diesen sich in der Studierendenschaft bildenden Konsens in Fakultäten und Uni-Leitungen weiterzutragen.

Wie Sie schon angesprochen haben, wird die BDS-Bewegung in Deutschland seit Jahren politisch angegriffen, sowohl von staatlichen Behörden als auch von nicht-staatlichen pro-israelischen Akteuren. ABC dürfte es kaum besser ergehen, oder?

Bereits während unserer ersten „Israeli Apartheid Week“ im April 2026 wurden Veranstaltungen in mehreren Städten verboten und diffamiert. Die Ruhr-Universität Bochum entzog eine bereits erteilte Erlaubnis mit Verweis auf Bedenken eines zionistischen Lobby-Verbands. Andernorts wurde erst gar keine Raumbuchung zugelassen. Allerdings konnten viele Veranstaltungen ungestört stattfinden, darunter unsere fünf Kernveranstaltungen, die in über 20 Städten gleichzeitig per Livestream besucht werden konnten.

Ob und inwiefern staatliche Behörden in der Zukunft unsere Kampagne beobachten und verfolgen werden, lässt sich nicht sagen und wird sich wohl mit zunehmendem Erfolg konkretisieren. Allerdings sind wir als Kampagne bereit, das Recht und die Richtigkeit des akademischen Boykotts auch gerichtlich zu erkämpfen – wir haben solidarische Anwälte und das internationale Recht auf unserer Seite, unsere Gegner nur schlecht begründete Hetze.

Titelbild: chernobrovin / Shutterstock